

# Neue wirtschaftliche Dynamik durch ökologischen Umbau, steigende Einkommen und sozialen Fortschritt

Teil 2: Eine andere Wirtschaftspolitik für die Europäische Union und die Eurozone

Entwurf zur Diskussion 28.3.2018

Kurzfassung:

1. Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen der Euroländer behindern die wirtschaftliche Entwicklung und untergraben die Kooperation der Mitgliedsländer. Die Eurozone kann nur funktionieren, wenn mittelfristig ausgeglichene Handelsbilanzen möglichst bald erreicht werden.
2. Die entscheidende Ursache der Handelsbilanzdifferenzen sind divergierende Lohnstückkosten und Inflationsraten. Eine Währungsunion kann nur funktionieren, wenn die Löhne in den Mitgliedsländern der volkswirtschaftlichen Produktivität der Mitgliedsländer entsprechen. Dies verlangt eine Koordination der Lohnentwicklung, die die jeweiligen nationalen Lohnfindungsmechanismen respektiert und zugleich in einen mit dem Euro kompatiblen Rahmen einbettet. Vor allem Deutschland muss die Überschüsse durch eine stärkere Binnennachfrage und mehr Importe abbauen, braucht daher höhere Lohnsteigerungen und höhere Staatsausgaben, vor allem öffentliche Investitionen, vor allem in den ökologischen Umbau.
3. Investitionsprogramm, Transfers, Euro-Währungsfonds, Bankenunion, Ausgleichssysteme und Sanktionen u. ä. können die Koordination der Lohnentwicklung nicht ersetzen. Auf der Grundlage einer koordinierten Lohnstückkostenentwicklung können sie aber zur Stabilisierung des Euro beitragen und vor allem die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in allen Mitgliedsländern verbessern.
4. Der ökologische Umbau könnte das Zentrum eines gemeinsamen Investitionsprogramms werden. Ein sozial progressiv gestalteter ökologischer Umbau könnte zur wichtigsten Gemeinschaftsaufgabe der EU und der Eurozone in den nächsten Jahrzehnten werden, mit der auch eine deutlich höhere wirtschaftliche Dynamik, eine nachhaltige Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung und eine langfristige Bewältigung der Klima- und Umweltkrise erreicht werden könnten.

Die soziale Frage im 21. Jahrhundert ist die Frage nach einer sozial progressiven Gestaltung des ökologischen Umbaus moderner Gesellschaften. Im Mittelpunkt steht die Verbesserung der Lebenssituation für alle Menschen: gute Arbeit, sichere und ausreichende Einkommen, lebenswerte Städte und Zukunftsperspektiven für die heute lebenden Menschen, die Kinder und Enkel. Dies alles ist möglich – nicht trotz, sondern mit dem ökologischen Umbau, weil damit eine Dynamisierung der wirtschaftlichen Entwicklung, eine deutliche Steigerung der Ressourcen- und der Arbeitsproduktivität und eine konsequente soziale Orientierung der Umbauziele verbunden werden kann.

## Einleitung

Nach zwei schrecklichen Weltkriegen waren die Gründung und die Entwicklung der Europäischen Union der Garant für eine stabile Friedenordnung in Europa und in der Welt. Binnenmarkt und wirtschaftliche Kooperation haben einen wichtigen Beitrag zur dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas in der Nachkriegszeit geleistet.

Seit 1990 ist die EU mit zwei besonderen Herausforderungen konfrontiert. Erstens muss die Osterweiterung bewältigt werden. Erst ein kleiner Teil der Wegstrecke zur wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Integration ist bislang bewältigt. Wirtschaftlich besteht noch ein erhebliches Produktivitäts- und Einkommensgefälle. Diese müssten deutlich verringert werden, damit ein gut funktionierender und sich dynamisch entwickelnder europäischer Wirtschaftsraum möglich wird. Vor allem müssen regionale Abwärtsspiralen, Fragmentierung und Tendenzen der Deindustrialisierung beendet werden. Divergenzen dürfen sich nicht noch weiter vergrößern.

Zweitens hat die Währungs- und Wirtschaftsunion (WWU) in der Eurozone zu einer Destabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung geführt. Einige Länder sind Gewinner, andere Verlierer der gemeinsamen Währung. Die Konstruktionsfehler der WWU haben systembedingt dazu geführt, dass Handelsbilanzdivergenzen seit 15 Jahren immer größer geworden sind und inzwischen ein Ausmaß erreicht haben, das nicht nur den Euro als Währung und die Eurozone als Währungsraum existenziell bedroht, sondern die Europäische Union in den Abgrund reißen könnte.

Als wichtigste Herausforderung aber kommt der ökologische Umbau hinzu, der globales Handeln erfordert und nur als Gemeinschaftsprojekt der EU auf den Weg gebracht werden kann.

Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen blockieren die wirtschaftliche Entwicklung und bedrohen den Euro

Einige Länder, vor allem Deutschland, weisen permanent Leistungs- und Handelsbilanzüberschüsse auf und akkumulieren absurde und dysfunktionale Geldvermögensbestände und Finanzanlagen, die die Spekulation anheizen und die Funktionsweise der Finanzsysteme bedrohen. Andere Länder, beispielsweise Frankreich, weisen permanent Defizite auf oder können, wie beispielsweise Italien oder Griechenland, Defizite nur abbauen, indem sie Importe drastisch schrumpfen und dadurch in eine wirtschaftliche Abwärtsspirale geraten. Die Defizitländer müssen wachsende Verschuldung in Euro (faktisch einer Fremdwährung, da die EZB die Euro-Mitgliedsstaaten nicht unbegrenzt finanzieren darf) hinnehmen, kämpfen mit hoher Arbeitslosigkeit, sinkenden Einkommen und Deindustrialisierung. Die gegensätzliche Entwicklung führt in den Defizitländern zu hoher Arbeitslosigkeit, sinkenden Einkommen, sozialem Abstieg größerer Bevölkerungsteile und Abwanderung. In den Überschussländern wächst die Furcht vor Abwertung, Verlust von Geldvermögen und Null-Zinsen und vor eventuellen Verpflichtungen gegenüber den „Schuldnerstaaten“. Überall wächst die Angst vor Zuwanderung aus den ärmeren EU-Staaten oder Flüchtlingen, vor Kriegen, Wirtschaftskrisen, Hunger und Elend.

Ohne eine grundlegende und weitreichende Korrektur werden die Divergenzen in den Handelsbilanzen zunehmen und der Euro als Währung wird zerbrechen. Dabei besteht die Gefahr, dass auch die EU, das anfangs erfolgreiche Projekt der europäischen Einigung, und die wirtschaftliche und politische Integration Europas zerstört oder zumindest schwer geschädigt wird. Die Krise des Euros, die divergente Entwicklung und die daraus folgenden Krisen bergen große Gefahren für den Frieden, rufen nationalistische und rassistische Parteien und Bewegungen auf den Plan und führt zu Gewalt innerhalb der europäischen Gesellschaften und in den internationalen Beziehungen. Diese Krise muss unbedingt überwunden werden. Rettung ist nur auf zwei Wegen denkbar:

a) Der Euro und die Wirtschafts- und Währungsunion muss institutionell so reformiert werden, dass eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung *aller* Mitgliedsländer möglich wird, und zwar ohne große und wachsende Handelsbilanzdivergenzen im Innern wie auch gegenüber Handelspartnern außerhalb der EU. Dafür wären folgende Bedingungen erforderlich:

- Die Mitgliedsländer der Eurozone müssen sich zunächst faktisch und dann auch vertraglich auf die *Koordination der Inflationsraten* verständigen und dazu *Verfahren gegen wachsende Überschüsse und Defizite* in den Handelsbilanzen entwickeln. Dazu gehört die laufende Definition von *Fenstern der Lohn- und Einkommensentwicklung (entsprechend der jeweiligen nationalen Produktivität)* sowie Fenster der *staatlichen Investitionstätigkeit und der nationalen Förderung privater Investitionen* durch Kreditlenkung. (Siehe unten: Vorschlag für eine Koordination der Lohnentwicklung in der Eurozone.)
- Für die Finanzierung produktiver Investitionen der Unternehmen und des Staates, Infrastrukturinvestitionen und ökologischer Umbau eingeschlossen, sind entsprechende Kreditfenster zu öffnen. Die EU sollte einen eigenen Investitionsfond gründen, der die für die Union wichtigsten Investitionsvorhaben finanziert. Grundlage sollte ein Schwerpunktprogramm wirtschaftlicher Entwicklung sein, das einerseits die gemeinschaftlichen Projekte und andererseits die jeweiligen nationalen Schwerpunkte benennt und die Koordination zwischen gemeinschaftlichen und nationalen Entwicklungsvorhaben ermöglicht. Ein Ziel ist die Reduzierung der Disparitäten.

Im Mittelpunkt eines gemeinschaftlichen Investitionsprogramms muss der ökologische Umbau stehen – als dem wichtigsten Gemeinschaftsvorhaben der nächsten Jahrzehnte, dem stärksten Motor für eine Dynamisierung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Überwindung der Disparitäten und ökologischer Umbau können sehr gut kombiniert werden, weil dabei viele Innovationen und neuen Industriezweige entwickelt werden, die Reindustrialisierung und Überwindung von Produktivitätsrückständen der Peripherie möglich machen. Der ökologische Umbau lässt sich darüber hinaus sehr gut mit anderen Gemeinschaftsaufgaben wie der gemeinsamen Entwicklung von Wissenschaft und Bildung, Forschung und Entwicklung und Investitionen in neue europäische Verkehrssysteme verbinden. Solche Gemeinschaftsvorhaben sollten durch den gemeinsamen Investitionsfonds finanziert werden, regionale und nationale Vorhaben sollten hingegen durch die Mitgliedsländer bzw. deren Regionen vorangetrieben und finanziert werden. Koordination in der EU ist sinnvoll, finanzielle Förderung für Länder mit Nachholbedarf angebracht, aber es sollte das Subsidiaritätsprinzip gelten. Nationale und regionale Wirtschaftsentwicklung und Infrastruktur sollen die Mitgliedsländer verantwortlich gestalten, auch dann, wenn die EU fördert.

- Zur Stabilisierung der Finanzsysteme in der EU müsste a) ein Konzept der *Regulierung der Finanzmärkte* und der *Kreditlenkung* erarbeitet und umgesetzt werden, das spekulative Exzesse verhindert und die Finanzmärkte in den Dienst realwirtschaftlicher Entwicklungen stellt. Kreditlenkung sollte nicht nur Kredite für spekulative Zwecke begrenzen und kontrollieren, sondern auch positiv die Kreditvergabe auf die zu vereinbarenden Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung lenken (vgl. oben Punkt XXX).  
b) muss die EZB zum Kreditgeber der letzten Instanz (*Lender of last resort*) für alle Mitgliedsländer, also auch für jedes einzelne Mitgliedsland, weiterentwickelt werden, so dass die Verschuldung in Euro für kein Mitgliedsland Verschuldung in einer Fremdwährung bedeuten darf, weder formell noch faktisch. c) Sollte ein Europäischer Währungsfonds entwickelt werden, der finanzielle Krisen managen kann. d) sollte die begonnene Entwicklung der Bankenunion und entsprechender Kontrollinstanzen der Finanzmärkte vorangebracht werden.

- Die EU müsste die Abstimmung der nationalen Besteuerung, vor allem der Unternehmensbesteuerung, so voranbringen, dass Steuerdumping innerhalb der EU weitgehend ausgeschlossen ist und Steueroasen außerhalb der EU wirkungsvoll bekämpft werden können. Die Reformen dürfen sich nicht nur auf die Beseitigung der Ursachen für Handelsbilanzdivergenzen innerhalb der Eurozone beschränken. Die EU muss sich auch nachdrücklich für den Abbau von globalen Handelsbilanzdivergenzen einsetzen und die eigenen Überschüsse durch korrekte Bewertungen der Währung abbauen. Wechselkurse müssen primär durch die Handelsbilanz bestimmt werden, der Einfluss spekulativer Transaktionen ist zu begrenzen. Die EU muss sich für eine institutionelle und faktische Stabilisierung der globalen Finanzmärkte und einen ausgewogenen Welthandel einsetzen, der allen Ländern eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht und insbesondere den Entwicklungsländern gleichberechtigt eine dynamische nachholende wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht – auf der Grundlage modernster umweltkompatibler Produkte und Verfahren und ohne destruktive Ausbeutung von Rohstoffen und billigen Arbeitskräften zu Lasten der weniger entwickelten Länder. Nur dann hat eine globale Initiative zur Begrenzung des Klimawandels und für den ökologischen Umbau eine Chance.

Diese Voraussetzungen für einen gut funktionierenden Euro sind nicht leicht herzustellen, aber die faktische Koordinierung der Lohnentwicklung durch die Anhebung des deutschen Lohnniveaus und ein gemeinsames Investitionsprogramm zum ökologischen Umbau wären ein guter und ausbaufähiger Anfang. Ohne einen ersten Schritt des Landes mit dem größten Exportüberschuss werden andere Länder kaum bereit sein, sich an Vereinbarungen zur Stabilisierung des Euros zu beteiligen.

b) Wenn der der Umbau des Euros nicht möglich ist oder nicht gelingt, kann sich die säkulare Stagnation mit geringer oder fehlender Dynamik, geringem Produktivitätswachstum und geringen Steigerungsraten der Ressourceneffizienz fortsetzen. Auch eine weitere schwere Finanzkrise ist nicht auszuschließen. Der unkontrollierte Zusammenbruch des Finanzsystems und des Euros wäre sicherlich die schlimmste Form der „Lösung“ der Konstruktionsfehler der Eurozone. Dies sollte unbedingt verhindert werden. Krise oder fortgesetzte säkulare Stagnation würden den lebenswichtigen ökologischen Umbau blockieren.

Sollten eine faktische Reorganisation<sup>1</sup> und eine daran anschließende formelle Reform der WWU durch entsprechende Vertragsänderungen nicht machbar sein, wäre der geordnete Austritt oder eine geordnete Auflösung der Eurozone der bessere Weg, um die Europäische Union zu retten. Man muss verhindern, dass die Krise des Euro die EU mit in den Abgrund reißt. Das Junktim von EU und Eurozone muss aufgelöst werden. Wenn und solange die Fehlkonstruktionen der WWU die Kooperation und die wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedsländer untergraben und die Bevölkerungen gegeneinander aufbringen, ist auch die EU blockiert. Wenn eine Reform des Euro politisch nicht machbar ist oder nicht gelingt, ist die Aufhebung des Euro und die Rückkehr zu nationalen Währungen, die in einem reformierten Europäischen Währungssystem verbunden sind, die letzte Voraussetzung für die Erhaltung und Stabilisierung der Europäischen Union, die den Weg in eine wieder erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung öffnet.

---

<sup>1</sup> Eine faktische Reorganisation wäre beispielsweise eine systematische Anhebung der deutschen Löhne auf das durch die nationale Produktivität gebotene Niveau, wodurch die Importe zunehmen und die Handelsbilanzüberschüsse abgebaut würden, so dass die anderen Länder der Eurozone wieder etwa gleiche Wettbewerbsfähigkeit erreichen könnten. Eine formelle Reform wäre hingegen die Vereinbarung von Verfahren zur Vermeidung von Überschüssen und Defiziten durch die Fenster der Lohn- und Inflationsentwicklung. Vgl. Land S.....

Vorschlag für eine Lohnkoordination in der Eurozone

Überschüsse und Defizite im Handel der Eurozone – zwischen den Mitgliedsländern und zwischen Eurozone und Nicht-Eurozonen-Ausland – bedrohen die Stabilität, die Dynamik und die Orientierung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Eurozone.

Die Hauptursache der Handelsbilanzdifferenzen sind unterschiedliche Inflationsraten in den einzelnen Mitgliedsländern, die letztlich durch *Lohnstückkostendifferenzen* bedingt sind. Die Synchronisation der Inflationsraten ist eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren einer Währungsunion, die aus unterschiedlichen Volkswirtschaften besteht, die jeweils eigene nationale Lohnfindungssysteme, differente Produktivitätsniveaus und differente Lohnniveaus haben (und in der Regel auch differente Steigerungsraten der Produktivität und der Löhne).

Die Koordinierung der Lohnentwicklung ist daher die entscheidende Aufgabe, die gelöst werden muss, um den Euro zu stabilisieren. Das bedeutet, a) die Löhne der Mitgliedsländer der Eurozone müssen sich in Übereinstimmung mit dem gemeinsamen Inflationsziel der Euroländer entwickeln, d.h. die Löhne müssen im volkswirtschaftlichen Durchschnitt nominal etwa (d.h. im mittelfristigen Durchschnitt) so steigen wie die nationale volkswirtschaftliche Produktivität plus der gemeinsamen Zielinflationsrate. Und b) muss der bislang entstandene Lohnstückkostenrückstand der Überschussländer, der im Fall Deutschlands rund 23 Prozent beträgt, schrittweise aufgeholt werden. Überschussländer benötigen für mehrere Jahre Lohnsteigerungen, die deutlich über der goldenen Regel liegen, also Produktivitätszuwachs plus Zielinflationsrate plus 1-2 Prozent, mindestens 5 Prozent also, wenn die Produktivitätssteigerung mit (nur) 1 Prozent angenommen wird.

Eine Koordination der Lohnentwicklung innerhalb der Eurozone wird meist als staatlich verordnete Lohnpolitik missverstanden und abgelehnt, vor allem natürlich von der deutschen Exportindustrie, dem Haupttreiber des deutschen Lohndumpings, aber auch von den Tarifparteien. Aber es geht nicht darum, Löhne staatlich zu verordnen. Die unterschiedlichen Lohnfindungssysteme der Mitgliedsländer der Eurozone lassen sich nicht vereinheitlichen oder durch ein europäisches staatliches Lohnfindungssystem ersetzen. Sie basieren auf sozialen Bewegungen mit langer Tradition und sind kulturell verankert. Lohnregulation muss die vorhandenen Lohnfindungssysteme respektieren und in eine mit der Stabilität des Euro vereinbare Koordinierung einbinden. Es gibt Lösungen und Wege, die damit durchaus kompatibel sind.

Die europäischen Gewerkschaften haben schon vor der Einführung des Euro über grenzüberschreitende Lohnkoordination diskutiert und es gibt Beschlüsse dazu. Die Praxis zeigt aber, dass die Gewerkschaften allein nicht in der Lage sind, eine funktionierende Koordination der Lohnentwicklung in der Eurozone durchzusetzen. Es bedarf einer weitergehenden europäischen Einbettung der nationalen Lohnfindungssysteme. Diese ist meines Erachtens möglich und die ersten Schritte wären auch ohne Vertragsänderungen gangbar:

- Sinnvoll ist, in der EU eine Debatte über die Notwendigkeit einer koordinierten Lohnpolitik zu beginnen. Nur dann kann man erwarten, dass in der Bevölkerung, in den Gewerkschaften, den Unternehmen und der Politik die Einsicht wächst, dass eine Währungsunion ohne halbwegs zusammenpassende Lohnentwicklung nicht funktionieren kann.
- Zweitens könnte Deutschland als das Land mit den Überschüssen zunächst beginnen, die eigene Lohnentwicklung zu korrigieren und leicht über der Zielrate liegende Abschlüsse anstreben. Ein erster Schritt wäre, dass Politik und Wissenschaften kommunizieren, dass die Löhne im Hinblick auf die Euro-Zielinflationsrate zu niedrig sind. Das wäre keine Parteinahme für eine der Tarifparteien, die man auch vermeiden sollte. Hier wären auch Wirtschaftswissenschaftler, Medien, Gewerkschaften und Politik am Zuge.

- Zweitens könnte der Staat das Stabilitätsgesetz von 1967 neu regeln, ein annäherndes außenwirtschaftliches Gleichgewicht und damit verbunden eine Orientierung der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität aufzunehmen. Dabei wäre die Notwendigkeit der Einhaltung einer gemeinsamen Zielinflationsrate der Euroländer und einer dieser entsprechenden Lohnfindung in das Gesetz aufzunehmen.
- Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen wäre eine weitere geeignete Maßnahme, um Lohndumping als eine nicht gerechtfertigte wettbewerbswidrige Strategie einzuschränken.
- Darüber hinaus könnte der Staat seine eigene Tarifpolitik an ein Gleichgewicht von gesamtwirtschaftlicher Produktivität und Löhnen binden. Würden die staatlichen Arbeitgeber eine an der Stabilität der Eurozone ausgerichtete Lohnpolitik verfolgen, hätte das gravierenden Einfluss auf die gesamte Volkswirtschaft, weil der staatliche Sektor einen sehr großen Teil der Lohnsumme umfasst. Eine Orientierung an der volkswirtschaftlichen Produktivität muss alle Branchen und den Staatssektor einschließen. Staatseinnahmen, z.B. die Steuern müssen laufend an die volkswirtschaftlich erforderliche Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst angepasst werden. Die Höhe bzw. die volkswirtschaftlich notwendige Steigerung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst darf kein Gegenstand von Sparpolitik sein darf.
- Ohne die Tarifautonomie grundsätzlich infrage zu stellen, könnten die Mitgliedsstaaten der Eurozonen-Ebene regeln:
  - a) Es wird jährlich einen Bericht zu Löhnen, Produktivität und Inflationsraten in den einzelnen Mitgliedsländern geben bzw. dieser Punkt wird prominent in bestehende Berichtsverfahren aufgenommen und kommuniziert.
  - b) Die Mitgliedsländer sind gehalten, im Rahmen der nationalen Lohnfindungssysteme auf eine Orientierung der Löhne an der goldenen Lohnregel und der Inflationsraten an der gemeinsam vereinbarten Inflationsrate der Euroländer hinzuwirken.
  - c) Mitgliedsländer und Kommission legen ein Notfall-Interventionsverfahren fest, mit dem in Tarife eingegriffen werden kann, wenn Inflationsraten einzelner Mitgliedsländer erheblich von der gemeinsamen Inflationsrate abweichen (z.B. laufend 0,5 Prozent). Sofern Analysen ergeben, dass diese Abweichung vor allem durch zu hohe oder zu geringe Lohnsteigerungen verursacht wurde, sind die jeweiligen nationalen Regierungen oder sogar die EU-Kommission im Rahmen eines Verfahrens berechtigt und verpflichtet, den Tarifpartnern verbindliche Auflagen zur Korrektur der Tarifvereinbarungen zu machen oder selbst korrigierte Tarife festzulegen (z.B. wenn die Löhne kumulativ mehr als 2,5 Prozent nach oben oder unten abweichen von der goldenen Lohnregel). Dieser Punkt bedarf natürlich einer Vertragsänderung.
  - d) Man kann auch darüber nachdenken, das von Busch, Trost, Schwan, Bsirske u.a. (Europa geht auch solidarisch, S. 59-62) vorgeschlagene Konzept der Ausgleichsunion durch Anreize und Sanktionen einzubeziehen. M.E. wirkt ein solches Konzept nicht, solange die Mitgliedsstaaten keine Möglichkeit hätten, die Lohnentwicklung zu koordinieren. Die Staaten würden zwar Strafen bezahlen müssen, könnten aber die Fehlentwicklung nicht korrigieren, wenn keine passenden Instrumente vorgesehen sind. Wenn aber die unter a) bis c) angedachten Punkte umgesetzt würden, gäbe es solche Instrumente. Dann wäre ein Sanktionssystem plausibel, wäre aber vielleicht überflüssig, zumindest dann, wenn die EU notfalls selbst in Tarife eingreifen dürfte.

Zusammen mit staatlichen Publikationspflichten und regelgebundenen Eingriffsmöglichkeiten, wenn Abweichungen von den Stabilitätsvoraussetzungen ein bestimmtes Maß übersteigen, würde die gewerkschaftliche Vereinbarung zu einer koordinierten

europäischen Lohnpolitik wahrscheinlich wirksam werden – vermutlich meist, ohne dass Punkt c) tatsächlich angewendet werden müsste.

Soweit ich sehe, sind diese Regeln rechtlich umsetzbar und mit dem Grundgesetz vereinbar. Die Tarifautonomie wird nicht in Frage gestellt, es wird lediglich der rechtliche Rahmen dafür verändert, wie die ja auch beim Mindestlohn schon geschehen konnte.

Den ersten Schritt könnte Deutschland allein gehen, weil es das Land ist, bei dem die Löhne am meisten von der goldenen Regel abweichen. Um dies zu korrigieren, wäre es erforderlich, mehrere Jahre die Löhne schneller zu steigern, als es die goldene Lohnregel eigentlich vorsieht, um die zu geringen Steigerungen der Jahre 2000 bis 2015 zu kompensieren. Derzeit steigt die Produktivität um etwa ein bis zwei Prozent jährlich, bei einer Zielinflationsrate von 1,9 Prozent folgt daraus eine Lohnsteigerung von 2,9 bis 3,9 Prozent plus 2 Prozent, wenn man den Rückstand in rund 10 Jahren aufholen will. Das ergäbe Steigerungsraten von nominal wenigstens 5 Prozent jährlich – brutto. Allerdings sollten die Nettolöhne nicht ganz so schnell steigen, da ja mit zunehmenden Umlagen für den demographischen Wandel mit einem wieder steigenden Rentenniveau und steigenden Kosten des Klimawandels zu rechnen ist.

Die Verantwortung der EU bei der Lösung globaler Probleme

Die EU muss die mit dem Euro zusammenhängenden Blockaden überwinden und die Voraussetzungen für wirtschaftliche Dynamik auf einer neuen Grundlage schaffen, um die großen globalen und europäischen Herausforderungen zu bewältigen:

- Den ökologischen Umbau global voranzubringen und die Klimakatastrophe abzuwenden, die heute schon erkennbar ist, aber in zwei bis drei Generationen viele Weltregionen unbewohnbar machen wird und die die Existenzgrundlagen der gesamten Menschheit zu zerstören droht. Der ökologische Umbau muss in den Industrieländern zu einem deutlichen und stetigen Rückgang des Ressourcenverbrauchs führen, was nur möglich ist, wenn damit soziale Fortschritte für die Bevölkerung verbunden sind, vor allem für ärmere Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Der ökologische Umbau muss für die Entwicklungsländer bedeuten, nachholende wirtschaftliche Entwicklung von vornherein mit neuen umweltkompatiblen Verfahren und Produkten in Industrie, Landwirtschaft und Infrastruktur voranzubringen und alte, nicht umweltkompatible Technologien und Konsummuster zurückdrängen. Dafür ist die Unterstützung der reichen Industrieländer geboten.
- Kriege und Völkermord im Nahen Osten und anderen Weltteilen müssen beendet werden.
- In den immer noch abgehangenen Weltregionen, vor allem in Afrika, sind wirtschaftliche Entwicklungsprozesse in Gang zu bringen, die der gesamten Bevölkerung nutzen, Arbeitsplätze, Einkommen und soziale Sicherheit bringen.
- Eine neue, gerechte Welthandels- und Weltwährungsordnung und ein neues Bretton Woods müssen auf den Weg gebracht werden.
- Die Produktivitäts- und Einkommensunterschiede innerhalb der EU sind durch wirtschaftliche Entwicklung abzubauen. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede innerhalb der Mitgliedsländer der EU sind zu verringern.
- Die Bevölkerungswanderung qualifizierter Fachkräfte aus peripheren bzw. einkommenschwächeren Regionen, beispielsweise von Ärzten, Ingenieuren und Wissenschaftlern aus Osteuropa und den Balkanstaaten, in die reicheren westlichen Länder der EU, insbesondere nach Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Nordeuropa usw., beraubt die Abwanderungsregionen der Potenziale, die sie für einen Aufholprozess benötigen, und verfestigt

Rückstand und Armut. Mit der Abwanderung werden ärmeren Regionen zugleich Ressourcen entzogen, die diese Staaten in die Erziehung und Ausbildung junger Menschen investiert haben. Eine Einschränkung der Freizügigkeit wäre keine mit den Grundsätzen der EU kompatible Regelung. Deshalb sollten die reicheren Länder für die Zuwanderung qualifizierter Personen aus ärmeren Regionen in einen Fonds einzahlen. Mit diesem Fonds sollten qualifizierte Personen aus westlichen Ländern, darunter auch Rückkehrer, finanziert werden, die für eine bestimmte Zeit in Krankenhäusern, wissenschaftlichen Einrichtungen und im Bildungssystem der Abwanderungsländer arbeiten, um die Lücken dort zu füllen und nachholende Entwicklung zu unterstützen. Auf diese Weise könnte mittelfristig ein Beitrag zu steigenden Einkommen in diesen Ländern geleistet werden, der langfristig zur Aufhebung der Einseitigkeit von Migrationsströmen beiträgt.

- Das Problem der Zuwanderung und der Flüchtlingsströme kann nur durch wirtschaftliche, politische und kulturelle Integration gelöst werden. Hier soll nur der wirtschaftliche Aspekt angesprochen werden. Es geht darum, die mit der Zuwanderung verbundenen wirtschaftlichen Chancen – Lösung des Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels – zu nutzen und dadurch die damit verbundenen Probleme – Wohnungen, Bildung, Arbeitsplätze und Einkommen – zu lösen. Dabei müssen Problemlösungen so gestaltet werden, dass sie nicht zu Lasten der hier lebenden Bevölkerung gehen, insbesondere nicht zu Lasten der ärmeren Bevölkerung. Vielmehr muss die Integration der Zuwanderer und Flüchtlinge mit einer spürbaren und stetigen Verbesserung der Lebenslage der einkommensschwachen Bevölkerung und einer systematischen Beseitigung prekärer Lebensumstände für alle verbunden werden, für hier lebende wie für zugewanderte Menschen. Die Mittel dafür sind vorhanden, wenn man Zuwanderung für eine Dynamisierung wirtschaftlicher Entwicklung durch steigende Ausgaben für den Ausbau von Infrastruktur, Bildung und Sozialsystemen nutzt.

## Literatur

- Bibow, J. (2013). Lost at sea: The euro needs a Euro Treasury. IMK Study 35, November. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Bibow, J. (2016a). Der verspätete Aktivismus der EZB: Zwischen Hoffnung und Verzweiflung. WISO Diskurs 25/ 2016. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Bibow, J. (2016b). Private debt bonanza, public debt legacies: the eurozone's experience with liberalized private finance under its ill-designed currency union. Private Debt Project, Januar, <http://privatedebtproject.org/view-articles.php?Private-Debt-Bonanza-Public-Debt-Legacies-The-Euro-Zone-s-Experience-With-Liberalized-Private-Finance-Under-Its-Ill-Designed-Currency-Union-5>
- Busch, Klaus; Axel Troost; Gesine Schwan; Frank Bsirske; Joachim Bischoff; Mechthild Schrooten; Harald Wolf (2016): Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union. Hamburg: VSA-Verlag.
- Flassbeck, Heiner (1988): *Preise, Zins und Wechselkurs. Zur Theorie der offenen Volkswirtschaft bei flexiblen Wechselkursen.* Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 23. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Flassbeck, Heiner (2015a): Die Eurokrise und die Krise des ökonomischen Urteilsvermögens. In: Betrifft JUSTIZ Nr. 124 | Dezember 2015, Mühlthal: Betrifft JUSTIZ e.V., S. 165.
- Flassbeck, Heiner (20.07.2016): Der italienische Patient. Makroskop, 29.07.2016 und 2.8.2016. <https://makroskop.eu/2016/07/der-italienische-patient-1/>.
- Flassbeck, Heiner u.a. (2017b): Markt und Staat neu denken. Wiesbaden, Makroskop Mediengesellschaft, <https://makroskop.eu/>
- Flassbeck, Heiner, Paul Davidson, James K. Galbraith, Richard Koo, Jayati Ghosh (2013). Handelt jetzt! Das globale Manifest zur Rettung der Wirtschaft. Frankfurt: Westend Verlag, 2013. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-201304251409>.
- Flassbeck, Heiner, Costas Lapavistas (2015b): Nur Deutschland kann den Euro retten: Der letzte Akt beginnt. Frankfurt: Westend Verlag
- Flassbeck, Heiner; Friedrike Spiecker (2001): Lohnstruktur und Beschäftigung. Ein Gutachten im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung. Berlin: Otto-Brenner-Stiftung.
- Flassbeck, Heiner; Jörg Bibow (2018). Das Euro-Desaster: Wie deutsche Wirtschaftspolitik die Eurozone in den Abgrund treibt. Frankfurt/Main, Westend Verlag.
- Gustav A. Horn (2016a): Die Gewerkschaften sind die falschen Sündenböcke, In Makronom 13.6.2016. <https://makronom.de/>
- Gustav A. Horn (2016b): Sind die Gewerkschaften zu schwach?, In Makronom 12.9.2016. <https://makronom.de/>
- Heimberger, Philipp, Claudius Gräbner, Jakob Kapeller, Bernhard Schütz (2018): Warum Europa trotz Aufschwung ökonomisch weiter auseinanderdriftet. Makronom 15.03.2018. <https://makronom.de/polarisierung-konvergenz-warum-europa-trotz-aufschwung-oekonomisch-weiter-auseinander-driftet-25782>
- Höpner, Martin; Martin Seeliger (2017): Transnationale Lohnkoordination zur Stabilisierung des Euro? Gab es nicht, gibt es nicht, wird es nicht geben. MPIfG Discussion Paper 17/13. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln
- Land, Rainer (2018a): Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen zerstören die Eurozone und gefährden die Europäische Union (I und II). In Vorgänge 220, S. 51-68 und 221. <http://www.rla-texte.de/?p=902>
- Land, Rainer (2018b): Stichwort: Investitionen. Perspektive: Deutschland und EU. Unveröffentlicht für Grundwertekommission.
- Land, Rainer (2018c): Warum braucht die Eurozone eine Lohnkoordination und wie könnte diese funktionieren? Online: <http://www.rla-texte.de/wp-content/uploads/2017/12/2018-03-21-Lohnregulation-Eurozone-notwendig.pdf>
- Priewe, Jan (2017b): Leistungsbilanzüberschüsse: Wie das ifo-Institut den neuen deutschen Merkantilismus legitimiert“. Makronom (blog) v. 09.08.2017, <https://makronom.de/leistungsbilanzueberschuesse-wie-das-ifo-institut-den-neuen-deutschenmerkantilismus-legitimiert-22424>
- Trost, Axel (2017): Anders und besser wirtschaften in Europa! Alternative Wirtschaftspolitik heute. Vortrag anlässlich der Verleihung des Jörg-Huffs Schmid-Preis 2017 am 6.12.2017. <http://restart-europe-now.eu/2018/01/14/anders-und-besser-wirtschaften-in-europa-alternative-wirtschaftspolitik-heute/>
- Vontobel, Werner (2014): Wider die Wettbewerbsfähigkeit – Wachstum muss vor Ort beginnen. 24.11.2014. Online: <https://makroskop.eu/2014/11/wider-die-wettbewerbsfaehigkeit-wachstum-muss-vor-ort-beginnen/>